

INTERVIEW:

ALEXANDER REUTLINGER

Alexander Reutlinger sieht sich neugierig im Gemeindezentrumsbau der Hochschule für Philosophie um, als wir ihn im Foyer abholen. Lange sei er nicht hier gewesen – er spricht ruhig, aber dynamisch und mit wachem Lächeln, die fakultätsbekannte, orangefarbene Wasserflasche gewohnt souverän als gestisches Accessoire. Im Studierendenbüro beginnt ein Gespräch über Wissenschaft, Werte und Wandel, bevor er sein Fahrrad mit uns zurück in Richtung Professor-Huber-Platz schiebt.

Lassen Sie uns Zukunft ganz platt mit Wissenschaft verbinden: Das Bild von Wissenschaft, das in vielen Köpfen existiert, ist das einer gewissenhaft-wertfreien, objektiven Sphäre, Institution der Erkenntnis und rationalen Zukunftsarbeit. Ist das in irgendeiner Form ein realistisches Bild – oder ist das Utopie? Sollte es überhaupt Utopie sein?

Reutlinger: Nein, ich glaube, Wertfreiheit muss nicht unbedingt eine Utopie für die Wissenschaft sein. Unter Wertfreiheit versteht man, dass politische, wirtschaftliche und moralische Wertungen oder Interessen in der Wissenschaft keinerlei Rolle spielen sollten. Viele Leute haben Wertfreiheit und Objektivität auf diese Weise miteinander gleichgesetzt, das ist aber in der gegenwärtigen Forschungsliteratur in der Wissenschaftsphilosophie und anderen Science Studies durchaus umstritten. Andere haben argumentiert, dass Objektivität einfach etwas mit Konsens unter Expertinnen und Experten zu tun hat, welcher dabei durchaus auch wertgeleitet sein kann. Zum Beispiel können sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus umwelt- und sozialpolitischen Gründen für Klimawandel interessieren und unter Einhaltung wissenschaftlicher Qualitätsstandards zu einem Konsens in Bezug auf Klimawandel kommen. Eine Utopie für die wissenschaftliche Arbeit wäre für mich zum Beispiel, dass Wissenschaft nicht abhängig wird von Politik, aber gleichzeitig gemeinwohlorientiert ist. Was unter am „Gemeinwohl“ orientierter Forschung zu verstehen ist, ist ein eigenes, spannendes Thema der politischen Philosophie der Wissenschaften ...

über Wissenschaftsskeptizismus und Werte in den Wissenschaften

Das ist also eine akzeptable Seite der Wertung: die Wissenschaftlerin hat auch moralische Grundsätze, ist auch Mensch, die da beispielsweise etwas wie Gemeinwohl befördern will und auch darf...

Reutlinger: Ja, genau, es muss ja überhaupt erst einmal entschieden werden, zu was geforscht werden soll. Ich erinnere mich an Ihr Interview mit Philip Kitcher in der letzten Funzel. Das ist ja genau dessen Thema in vielen seiner Veröffentlichungen. Die Frage nach Auswahl der Forschungsthemen scheint mir eine zu sein, die zumindest politische und soziale Implikationen hat. Welche Themen man aus die Tagesordnung der Forschung setzt, hängt auch davon ab, was man politisch für wichtig hält: Klimawandel, Verbraucherschutz, Energiewende, wachsende wirtschaftliche Ungleichheit, Bildungsungerechtigkeit, Rassismus, usw.. Was man da politisch wichtig und richtig findet, ist keine Entscheidung, die rein wissenschaftlich getroffen wird. Sogar Philosophen, die bekanntermaßen auf Wertfreiheit der Wissenschaft herumgeritten haben, wie Max Weber, sagen, die Entscheidung über die Forschungsagenda ließe sich nicht von „praktischen Wertungen“ trennen. Aber um das nochmal zu betonen: Ich glaube nicht, dass es die Wissenschaften kompromittiert, wenn man zugibt, dass sich an bestimmten Stellen der Forschung einfach politische und moralische Fragen stellen. Solche Forschungspolitische Debatten kann und sollte man führen – und sie werden ja auch tagtäglich geführt.

Das klingt ja alles sehr positiv. Aber es gibt ja doch eine Grenze zwischen „das ist Forschungspolitik“ und „das ist Aktivismus“. Wie politisch darf Wissenschaft überhaupt sein?

Reutlinger: Das ist die Kernfrage in diesem Themenkomplex. Ich habe darauf natürlich auch keine Paradeantwort,

aber ich glaube, man kann zwei Sachen ziemlich genau sagen. Die eine Sache ist, sich über Forschungsausrichtung zu streiten, oder auch über die Bewertung von Risiken, die mit Forschung verbunden sind. Darüber muss man eine moralisch-politische Debatte führen, also wieder eine Diskussion über Gemeinwohl und ähnliche Themen. Der andere Aspekt, den man berücksichtigen kann, hat eher etwas damit zu tun, wie zuverlässig die Forschungsergebnisse sind, die am Ende bei einem Forschungsprojekt herauskommen. Mal angenommen, Forscherinnen verfolgen ein superpolitisches Projekt, aber die Forschungsergebnisse des Projekts sind dann weitgehend unzuverlässig, weil zum Beispiel relevante Daten unterschlagen werden. Solche Forschung bringt der Wissenschaft und auch der Gesellschaft nichts und schadet eher, denn es ist einfach keine gute Wissenschaft. Die Frage nach der Natur guter Forschung ist ein methodologisches und erkenntnistheoretisches Thema, mit dem sich Philosophinnen und Philosophen, aber auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschäftigen müssen – und das viel komplexer ist, als ich das jetzt angedeutet habe. Aus dem Lehrstuhl betrachtet ist das Prinzip aber eigentlich ganz einfach: politische und wirtschaftliche Interessen sind dann in der Wissenschaft nicht OK, wenn sie mit epistemischen Qualitätsstandards in Konflikt geraten. Die Fachgemeinschaften verschiedener Disziplinen und die Wissenschaftspolitik müssen Mechanismen erfinden, damit diese Konflikte nicht auftreten.

Generell halte ich die Frage „Wie unabhängig sollte Wissenschaft von anderen gesellschaftlichen Bereichen sein?“ – insbesondere von Politik und Wirtschaft – für eine der größten Herausforderungen für Wissenschaftsphilosophinnen und -philosophen in der nahen Zukunft. Ich glaube, dadurch, dass Wissenschaft sich immer mehr der Gesellschaft öffnet – denken Sie nur mal an drittmittelfinan-

zierte Forschung – wollen immer mehr Menschen in der Wissenschaft mitreden. Das muss nicht zwingend negativ sein, aber es gibt problematische Fälle. Zum Beispiel gibt es systematische Fehler in der Medikamentenforschung, die von Pharma-Unternehmen finanziert wird. Der Grund ist recht einfach: Die Pharma-Unternehmen wollen wissenschaftliche Ergebnisse sehen, die ihren eigenen Gewinninteressen entsprechen. Ich glaube, man muss sich viele Gedanken darüber machen, wie man diese schlechten Wendungen und Verquickungen von Wissenschaft und Gesellschaft kontrollieren kann. Zum einen innerhalb der Wissenschaft, aber auch innerhalb der Politik. Nehmen Sie ein anderes, aktuelles Beispiel: dass die ungarische Regierung die Central European University aus politischen Gründen zu einem Umzug von Budapest nach Wien gezwungen hat, finde ich besorgniserregend, ja es ist ein Skandal. Ein Grund dafür, dass dies überhaupt möglich war, besteht darin, dass es auf europäischer Ebene zu wenige verbindliche Regelungen gibt, die akademische Freiheiten und universitäre Autonomie absichern. Solche Regelungen wären eine konkrete Maßnahme, die man auf europäischer Ebene durchboxen müsste, damit so etwas nicht wieder passieren kann – weder in Ungarn, noch in einem anderen EU-Staat.

Würden Sie sagen, dass Geisteswissenschaften, vor allem die Philosophie, besonders anfällig dafür ist, Einflüsse aufzunehmen, sich politisch klarer zu positionieren?

Reutlinger: Ja, das habe ich mich auch schon häufiger gefragt. Manchmal könnte man ja denken, Philosophie sei eine Disziplin, in der es weniger Konsens über Methoden als in anderen Disziplinen gibt. Das ist es, was die Philosophie in meinen Augen tatsächlich anfälliger macht. In der letzten Zeit lässt sich zum Beispiel konkret beobachten, wie Leute, die sich eindeutig einem rechten und rechtspopulistischen Spektrum zuordnen lassen, versuchen, sich in der akademischen Philosophie zu äußern. Die philosophische Community tut sich leider extrem schwer, damit umzugehen. Von Seiten der Rechten wird dabei mit großer Verlässlichkeit auf Meinungsfrei-

heit gepocht: man müsse das politische Spektrum von dem, was an Universitäten diskutiert werden darf, erweitern, alles andere sei eine Unterdrückung ihrer Meinungs- und Forschungsfreiheit. Dass viele Fachphilosophen und die beiden großen, deutschen Fachgesellschaften darauf keine klare Antwort haben, finde ich echt problematisch.

Wie geht man denn als akademische Philosophin oder Philosoph mit solchen Auftrittswünschen um?

Reutlinger: Es gab in Deutschland zwei Fälle, ich weiß auch noch von anderen, bei denen eine Einladung „rechtspopulistischer Intellektueller“ an Unis ganz hohe Wellen geschlagen hat. Das ist ein heikles Thema. Die Leute, die da eingeladen wurden, hatten keinerlei philosophische Expertise zum Thema ihres eigenen Vortrags vorzuweisen. Die philosophische Community muss sich ernsthaft fragen, ob sie es will, dass Nicht-Experten mit fragwürdigen politischen Einstellungen den universitären Raum als Bühne bekommen. Darüber müsste es in der philosophischen Community ein intensiveres Gespräch geben, das sich mit Expertise, Qualitätsstandard und Forschungspolitik in der Philosophie befasst. Ich persönlich finde, dass man Einladungen an solche „Intellektuelle“ nicht aussprechen sollte. Auch der Vorwurf, dass sich mit rechten Positionen nicht auseinandergesetzt würde, wenn man auf solche Einladungen verzichtet, ist einfach nicht korrekt. Man muss solchen Leuten kein Forum bieten und live mit Ihnen an der Uni diskutieren, um sich mit ihren Positionen argumentativ auseinanderzusetzen. Man kann sich in Fachpublikationen sehr sinnvoll mit Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Rechtspopulismus etc. auseinandersetzen. Und das findet ja auch statt. Natürlich kann man aber auch niemandem solche Einladungen verbieten. Wenn jemand glaubt, die philosophische Auseinandersetzung mit solchen Leuten lohne sich in einem philosophisch-universitären Kontext, dann muss man die Diskussion eben gezielt so gestalten, dass die Chancen sehr hoch sind, dass philosophisch Gehaltvolles dabei herunkommt. Die schon erwähn-

te CEU ist beispielweise auf coole Art mit einer kontroversen Einladung umgegangen. Es ging um einen Vortrag von Roger Scruton, einem – freundlich gesagt – „konservativen Intellektuellen“ aus Großbritannien, der erwiesenermaßen und bezahlterweise für die Tabakindustrie zigarettenfreundliche Artikel geschrieben hat und Homosexuelle für krank hält. Als Studierende Kritik an der geplanten Veranstaltung äußerten, entschloss sich die Universitätsleitung dazu, diesen Kritikern ganz gezielt die Chance zu geben, sich im Rahmen der Diskussionsveranstaltung zu äußern. Das, was die Kritiker wütend gemacht hatte, konnte angemessen und argumentativ artikuliert werden. Auch frühere homophobe Stellungnahmen von Scruton, die nicht zum Vortrag selbst gehörten, wurden dabei zum Thema gemacht. Scruton hat bei dieser Diskussion eine eher schlechte Figur gemacht. Das finde ich eine interessante Möglichkeit, so etwas zu organisieren.

Wenn wir gerade schon von demokratischen Grundsätzen sprechen: MUSS Wissenschaft nicht vielleicht auf bestimmte Weise sogar politisch sein – etwa ausreichend zugänglich gemacht werden, oder emotional aufgeladen – damit sie überhaupt gesellschaftswirksam wird? Gerade wenn man sich dieses Klimathema ansieht, stellt sich einem diese Frage ständig: Sind Menschen einfach willensschwach – haben verstanden, was der wissenschaftliche Konsens bedeutet und setzen es einfach nicht um – oder ist die Wissenschaft einfach nicht überzeugend genug?

Reutlinger: Das ist nochmal ein anderer ganz spannender Aspekt. Wahrscheinlich gibt es beide Fälle. Ich glaube, gerade bei gesellschaftlich so kontroversen Themen wie dem Klimawandel gilt es, die Ergebnisse aus den Klimawissenschaften so zugänglich und transparent wie möglich zu machen. Man kann natürlich sagen: im IPCC-Report passiert genau das. Es gibt sogar eine gekürzte Fassung für beispielsweise politische Entscheidungsträger, aber genauer betrachtet ist auch die nicht so ganz anspruchslos. Darüber kann und sollte man aber hinausgehen – ich glaube fest daran, dass das manche politische Diskussionen durch gute Wissenschaftskommunikation zumindest erleichtern würde. Ob man sich dann schließlich einigt, ob politisch etwas gegen den Klimawandel unternommen wird, kann man durch Wissenschaftskommunikation aber

natürlich nicht garantieren. Das ist auch nicht die Aufgabe von Wissenschaft und Wissenschaftskommunikation.

Ja. Gerade in Klimadebatten haben wir es ja auch oft mit Leuten zu tun, die Fakten an sich nicht akzeptieren wollen, die einfach gegen die Wissenschaft sprechen. Zahlen werden schlicht ignoriert. Hat die Wissenschaft überhaupt die Möglichkeit, dagegen vorzugehen oder bräuchte es eine Art dritte, vermittelnde Instanz?

Reutlinger: Ja, diese Leute gibt es, und man kann sich fragen, warum das so ist. Niemand kritisiert die Quantenmechanik, aber viele finden es unzuverlässig oder nicht vertrauenswürdig, was Klimawissenschaftler sagen. Warum gerade diese Klimathemen? Das kann natürlich damit zusammenhängen, dass Menschen merken, dass sie ihr Leben nicht einfach so weiterleben können. Dass sie nicht drei Autos haben können, ohne sich irgendwie dafür rechtfertigen zu müssen. Aber was mich besonders interessiert, ist, dass Leute auf einmal Zweifel gegen Klimaerwärmung hegen, weil sie dem aufsitzen, was man unter dem Label „strategischer Wissenschaftsskeptizismus“ fassen kann. Dabei geht es um folgendes Phänomen: Unternehmen, Parteien und politische Think Tanks stellen gezielt wissenschaftliche Ergebnisse in der öffentlichen Debatte infrage, weil diese Ergebnisse ihren politischen und wirtschaftlichen Interessen entgegenstehen. Zum Beispiel ist es kein Zufall, dass die Erdöl- und Kohleindustrie gezielt die Leugnung von Klimaerwärmung finanziell unterstützt. Diese Industrien möchten Klimaschutzmaßnahmen möglichst verhindern, wie etwa das Umsatteln auf erneuerbare Energien. Dieses Thema Wissenschaftsskeptizismus interessiert mich gerade brennend aus philosophischer Perspektive – hier vorwiegend als erkenntnistheoretisches Thema. Es ist wie maßgeschneidert für die Wissenschaftsphilosophie.

Inwiefern muss Wissenschaftskommunikation danach auch Rhetorik sein? Müssen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit starken Begriffen wie „Fakt“ oder „Wahrheit“ in Debatten einsteigen, oder ist Wissenschaft dafür zu subtil, zu komplex?

Reutlinger: Das ist eine echt gute und schwierige Frage. Ich finde, Leute aus der Wissenschaft sollten zumindest ganz klar sagen,

wann sie sich politisch positionieren. Wissenschaftskommunikation betreffend Klimaforschung zu betreiben, ist etwas anderes, als zu sagen „When do we want Climate Justice? – Now!“. Da muss man einfach klarstellen: „Ich sage Folgendes als Klimawissenschaftler, und den nächsten Satz, den sage ich als engagierter Bürger“. Transparent machen, welche Rollen man spielt, ist immens wichtig. Zudem gibt es ja auch die Rolle der Expertenintellektuellen, die darin besteht, auf Risiken hinzuweisen, die die ganze Gesellschaft betreffen. Dürfen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diese Rolle einnehmen? Natürlich. Zur Rhetorikfrage: Wenn man Begriffe wie „Fakten“ oder „Wahrheit“ benutzt, um über wissenschaftliche Ergebnisse zu reden, dann sollte man auch in der Lage sein, genauer zu erklären, was man damit meint. Das wird schnell komplex und rutscht dann in wissenschaftsphilosophische Debatten über Realismus ab, wo ich mir nicht sicher bin, ob alle Wissenschaftler solche Debatten aus dem Stegreif führen können. Kein Grund zur Panik: man muss als Wissenschaftler nur dazu bereit sein zu sagen, dass sich die Kolleginnen und Kollegen in der Philosophie um diese Fragen kümmern und man die fragen soll.

An welchen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern kann man sich dabei denn ein Vorbild nehmen? Wie lässt sich sinnvolle Wissenschaftskommunikation konkret umsetzen?

Reutlinger: Da gibt es einige. Die Klimawissenschaftler Michael Mann und James Hansen zum Beispiel. Beide bemühen sich um Wissenschaftskommunikation und schreiben auch populärwissenschaftliche Bücher zu Klimawissenschaften. Menschen aus dem Bereich Wissenschaftsphilosophie oder Wissenschaftsforschung wären zum Beispiel Naomi Oreskes, eine Wissenschaftshistorikerin, die viel über Klimawandel und Klimaskeptizismus geschrieben hat. Wichtig ist auch Robert Proctor, ebenfalls ein Wissenschaftshistoriker, der viel zur Tabakindustrie und der von ihr bezahlten Forschung recherchiert hat. Ein sehr interessantes Format finde ich auch das Buch „The Seasons

Alter“ von Philip Kitcher und Evelyn Fox Keller, in dem klimawissenschaftliche und klimapolitische Argumente in einem fiktiven Dialog zwischen Ehepartnern, mit unterschiedlichen politischen Grundhaltungen, ausgetauscht werden. Es geht also auf eine lockere, allgemeinverständliche Art darum, wie man sich wechselseitig respektvoll und argumentativ annähern kann. Und wirklich nicht zuletzt: Otto Neurath ist mir noch wichtig. Den finde ich super interessant, weil er viele der Sachen, die wir gerade angesprochen haben, versucht hat, umzusetzen. Er hat vor allem im Bereich Wissenschaftskommunikation sehr viel geleistet: er hat versucht, sozialwissenschaftliche und lebenswissenschaftliche Forschungsergebnisse einer breiten Masse zugänglich zu machen, mit einer innovativen Methode graphischer Darstellungen von statistischen Daten. „Wiener Methode der Bildstatistik“ hat er das genannt. Seine Grundausrichtung war: Wissenschaftskommunikation soll als Grundlage zur Selbstermächtigung vieler Menschen dienen – sie soll dazu beitragen, dass Menschen besser informiert sind und damit auch unabhängiger, politische Entscheidungen treffen können. Das ist eine inspirierende Utopie – ein Wort, das Neurath sehr gefallen hätte – für unsere Gegenwart und für die Zukunft.

Interview: Lea Würtenberger, Kevin Brüssow



DR. phil. habil. ALEXANDER REUTLINGER arbeitet als Akademischer Rat an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er forscht und lehrt im Bereich Wissenschaftsphilosophie.